

Die Session

Februar 2019

INFORMATIONSSCHREIBEN

Frühling 2019



Ihr Kontakt der Groupe Mutuel

Daniel Volken

Tel. 058 758 31 71

dvolken@groupemutuel.ch

www.groupemutuel.ch

Groupe Mutuel

Gesundheit® Leben® Vermögen® Unternehmen®



Inhaltsverzeichnis

Nationalrat	Empfehlung	
18.3512 Mo. Stöckli Hans, SP. Recht auf einen Medikationsplan zur Stärkung der Patientensicherheit	Zustimmung	S. 4
18.3713 Mo. SGK-SR. Aktuelle Einteilung der Prämienregionen beibehalten	Zustimmung	S. 4
18.4091 Mo. SGK-SR. Krankenkassen: Verbindliche Regelung der Vermittlerprovisionen, Sanktionen und Qualitätssicherung	Unterstützung mit Anpassung – Kompetenzen ebenfalls für die Begrenzung der Provisionen im Krankenzusatzversicherungsbereich	S. 5
18.4096 Mo. SGK-NR. Krankenversicherung. Franchise auf 500 Franken festsetzen	Zustimmung	S. 5
13.426 Iv. pa. Poggia Mauro, MCR. Stillschweigende Verlängerung von Dienstleistungsverträgen. Mehr Informationen und Schutz für Konsumentinnen und Konsumenten	Abschreibung	S. 6
Ständerat	Empfehlung	
18.036 BRG. KVG. Anpassung der Franchisen an die Kostenentwicklung	Zustimmung	S. 7
16.3084 Mo. Landolt Martin, BDP. Krankenversicherung. Anpassung der ordentlichen Franchise	Zustimmung	S. 7
16.3110 FDP-liberale Fraktion. Krankenversicherung. Regelmässige Anpassung der Franchisen	Zustimmung	S. 7
16.3112 FDP-liberale Fraktion. Krankenversicherung. Mindestfranchise in der Krankenversicherung endlich anpassen	Zustimmung	S. 7
15.083 BRG. KVG. Stärkung von Qualität und Wirtschaftlichkeit	Die Vorlage bezüglich Organisation und Sanktionen anpassen	S. 8
17.320 Standesinitiative Jura. Nicht bezahlte KVG-Prämien: Zuteilung an einen vom Kanton bestimmten Krankenversicherer bei Übernahme der Verlustscheine durch den Kanton	Keine Folge geben	S. 8
18.3305 Mo. Brand Heinz, SVP. KVG. Keine Tarifverträge ohne Kosteneindämmungselement	Zustimmung	S. 9

18.3512 Mo. Stöckli Hans, SP.
Recht auf einen Medikationsplan zur Stärkung der Patientensicherheit

Nationalrat: 7. März 2019

Der Bundesrat wird beauftragt, eine Änderung des KVG vorzuschlagen, welche vorsieht, dass Patienten, welche mindestens drei Medikamente gleichzeitig einnehmen müssen, ein Anrecht auf einen Medikationsplan haben.

Die Wahrscheinlichkeit für Interaktionen wächst mit der Zahl gleichzeitig eingenommener Medikamente. In Europa werden jedes Jahr 8,6 Millionen Notfallaufenthalte durch Medikamente generiert. Das Problem der Interaktionen zwischen Arzneimitteln ist daher von grosser Bedeutung und wird mit zunehmendem Alter der Bevölkerung noch grösser werden. Mit diesem Vorschlag könnte man negative Interaktionen mit anderen Arzneimitteln vermeiden. Hinzu kommt, dass zusätzliche Kosten zu Lasten der obligatorischen Krankenpflegeversicherung vermieden werden. Diese Motion sollte daher unterstützt werden.

Empfehlung
> Zustimmung



18.3713 Mo. SGK-SR.
Aktuelle Einteilung der Prämienregionen beibehalten

Nationalrat: 7. März 2019

Der Bundesrat hat eine Vernehmlassung zum Thema der Anpassung der Prämienregionen durchgeführt. Diese Vorlage wurde zum Teil stark kritisiert. Insbesondere die Versicherten der kostengünstigeren Regionen würden aufgrund der Anpassungen mit starken Prämienerrhöhungen konfrontiert. Der Vorschlag des Bundesrates würde zu einer Nivellierung der Prämien zwischen der Land- und Stadtbevölkerung führen. Folglich müsste die ländliche die städtische Bevölkerung in ungerechtfertigter Weise quersubventionieren.

Die heute geltenden gesetzlichen Bestimmungen sollten deswegen beibehalten werden

Empfehlung
> Zustimmung



18.4091 Mo. SGK-SR.**Krankenkassen: Verbindliche
Regelung der Vermittlerprovi-
sionen, Sanktionen und Qualitäts-
sicherung**

Nationalrat: 14. März 2019

Die Vermittlertätigkeit erlaubt es, dass der potentielle Kunde eine gute und kompetente Beratung erhält und zwischen Produkten verschiedener Anbieter auswählen kann. Diese Dienstleistung hat ihren Preis. Wichtig ist, dass die Qualität der Beratung gewährleistet ist und bleibt.

Seit Anfang des Jahres laufen die Arbeiten für eine neue gemeinsame Branchenvereinbarung. Die sieben grössten Krankenversicherer haben inzwischen die Inhalte derselben, namentlich die Begrenzung der Provisionen in der OKP und der Zusatzversicherung, ein Verbot der Kaltakquise in der OKP und im VVG, und Qualitätsförderungsmaßnahmen in der Vermittlung gemeinsam verhandelt.

Damit diese Abmachung allgemeinverbindlich erklärt werden kann, müssen die entsprechenden gesetzlichen Grundlagen ausgearbeitet werden. Dafür wurde die Kommissionsmotion eingereicht.

Diese Motion, welche grundsätzlich zu unterstützen ist, sollte allerdings ergänzt werden. Die weiterführende verbindliche Regelung sollte ebenfalls die Begrenzung der Provisionen im Krankenzusatzversicherungsbereich nach VVG umfassen. Andernfalls ist zu befürchten, dass die Begrenzung der Provisionen im obligatorischen Bereich nach KVG im überobligatorischen Teil nach VVG zu sehr hohen Provisionen führen.

Empfehlung

- › Unterstützung mit Anpassung – Kompetenzen ebenfalls für die Begrenzung der Provisionen im Krankenzusatzversicherungsbereich

18.4096 Mo. SGK-NR.**Krankenversicherung. Franchise
auf 500 Franken festsetzen**

Nationalrat: 14. März 2019

Die SGK-NR hat diese Motion eingereicht, damit die ordentliche Franchise in der OKP auf Fr. 500.- erhöht wird. Diesem Vorschlag sollte zugestimmt werden, da er es erlaubt:

- › die Selbstverantwortung zu stärken;
- › die Kostenentwicklung zu Lasten der OKP zu dämpfen.

Die Motion sollte aufgrund der Kostenentwicklung baldmöglichst umgesetzt werden. Für eine nachhaltige Lösung in Bezug auf die regelmässige Anpassung der Franchisen an die Kostenentwicklung sollte zudem die Vorlage 18.036 umgesetzt werden.

Empfehlung

- › Zustimmung

**13.426 Iv. pa. Poggia Mauro, MCR.
Stillschweigende Verlängerung von
Dienstleistungsverträgen. Mehr In-
formationen und Schutz für Konsu-
mentinnen und Konsumenten**

Nationalrat: 22. März 2019

Diese Initiative fordert, dass Dienstleistungsanbieter, die eine stillschweigende Fortführung eines abgeschlossenen Dienstleistungsvertrages vereinbaren, ihre Kundinnen und Kunden über die Möglichkeit, vom Vertrag zurückzutreten, informieren müssen.

Die Umsetzung dieser parlamentarischen Initiative sollte abgelehnt werden. Dies weil dieser Vorschlag in der praktischen Umsetzung problematisch ist und unverhältnismässige Verwaltungskosten verursachen wird, welche schlussendlich die Kunden zu bezahlen haben. Zudem wird der Kunde über die Geschäftsbedingungen informiert, wenn er den Vertrag unterschreibt. Den Konsumentenschutzanliegen wird ausserdem im Rahmen der Versicherungsaufsicht bereits weitgehend und zunehmend Rechnung getragen.

Empfehlung

› Abschreibung



18.036 BRG.

KVG. Anpassung der Franchisen an die Kostenentwicklung

Ständerat: 5. März 2019

Diese Vorlage sieht vor, dass die Franchisen - insbesondere die ordentliche Franchise - regelmässig an die Kostenentwicklung der OKP angepasst wird.

Diesem Entwurf sollte grundsätzlich zugestimmt werden, da er es erlaubt:

- > die Selbstverantwortung zu stärken;
- > das Verhältnis zwischen den verursachten Kosten und der Kostenbeteiligung der Versicherten beizubehalten;
- > die Kosten zu Lasten der OKP zu dämpfen.

Eine regelmässige Anpassung dieser Parameter in der OKP entspräche ausserdem der in anderen Sozialversicherungszweigen, wie AHV, BVG und UVG, geltenden Praxis.

Empfehlung

> Zustimmung



16.3084 Mo. Landolt Martin, BDP. Krankenversicherung. Anpassung der ordentlichen Franchise

16.3110 FDP-liberale Fraktion. Krankenversicherung. Regelmässige Anpassung der Franchisen

16.3112 FDP-liberale Fraktion. Krankenversicherung. Mindestfranchise in der Krankenversicherung endlich anpassen

Ständerat: 5. März 2019

Diese Motionen fordern, dass die Franchisen angepasst werden. Diesen Vorschlägen sollten zugestimmt werden, da sie es erlauben:

- > die Selbstverantwortung zu stärken;
- > die Kostenentwicklung zu Lasten der OKP zu dämpfen.

Diese Motionen sollten aufgrund der Kostenentwicklung baldmöglichst umgesetzt werden. Für eine nachhaltige Lösung in Bezug auf die regelmässige Anpassung der Franchisen an die Kostenentwicklung sollte zudem die Vorlage 18.036 umgesetzt werden.

Empfehlung

> Zustimmung



15.083 BRG.

KVG. Stärkung von Qualität und Wirtschaftlichkeit

Ständerat: 5. März 2019

Obwohl der Nationalrat die Vorlage des Bundesrates inzwischen verbessert hat, bleibt die Groupe Mutuel skeptisch gegenüber einer überarbeiteten Gesetzesvorlage, die insbesondere mit der Schaffung von weitgehend neuen staatlichen Strukturen die angestrebten Ziele zu erreichen sucht.

Der Entwurf des Nationalrates ist aus folgenden Gründen anzupassen:

- › Der Vorschlag des Nationalrats sieht unter anderem vor, dass eine Eidgenössische Qualitätskommission vom Bundesrat eingesetzt wird. Statt neue staatliche Strukturen aufzubauen, sollte vielmehr die durch die Tarifpartner bereits geschaffene Organisation (ANQ) weiterentwickelt und adäquat auf den ambulanten Bereich übertragen werden.
- › Damit die nötigen Qualitätskriterien und -indikatoren definiert und eingeführt werden, braucht es des Weiteren Bestimmungen zur Verbindlichkeit für alle Akteure zur Qualitätssicherung und für die Entwicklung von Qualitätsmassnahmen sowie griffige Sanktionsmöglichkeiten und die Sicherstellung deren Durchsetzbarkeit.

Empfehlung

- › Die Vorlage bezüglich Organisation und Sanktionen anpassen



17.320 Standesinitiative Jura.

**Nicht bezahlte KVG-Prämien:
Zuteilung an einen vom Kanton
bestimmten Krankenversicherer
bei Übernahme der Verlustscheine
durch den Kanton**

Ständerat: 20. März 2019

Diese Standesinitiative fordert, dass die Kantone Versicherte, für die der Kanton 85 Prozent des vom Krankenversicherer ausgestellten Verlustscheins bezahlen musste, verpflichten können, sich bei einem vom Kanton bestimmten Krankenversicherer zu versichern.

Dieser Standesinitiative sollte keine Folge gegeben werden, da die vom Kanton Jura geforderte Praxis den Wettbewerb unter den Krankenversicherern verzerrt und durch die geschaffenen Unsicherheiten die Prämien volatiler werden. Zudem führt diese Lösung bei den Krankenversicherern zu einem unnötigen administrativen Mehraufwand, da je nach Situation, Spezialisten eingestellt oder entlassen werden müssen.

Empfehlung

- › Keine Folge geben



18.3305 Mo. Brand Heinz, SVP.
KVG. Keine Tarifverträge ohne
Kosteneindämmungselement
Ständerat: 21. März 2019

Das Hauptproblem des Schweizerischen Gesundheitswesens ist die Kostenentwicklung. Seit der Einführung des KVG am 1. Januar 1996 haben sich die Kosten zu Lasten der obligatorischen Krankenpflegeversicherung mehr als verdoppelt. Um diesem Trend entgegenzuwirken, sind geeignete Massnahmen zu ergreifen.

Mit diesem Vorschlag würde die Rolle der Tarifpartner gestärkt. Entgegen dem verschiedentlich geforderten Globalbudget legt diese Initiative die Verantwortung in die Hände der Tarifpartner und möchte dem Kostenwachstum einen liberalen Ansatz entgegenhalten.

Darüber hinaus würden mit den vorgeschlagenen Lösungen die Marktmechanismen verstärkt zur Anwendung kommen (Anpassung der Preise auf der Grundlage der Anzahl erbrachten Leistungen).

Empfehlung
> Zustimmung

